

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Michael Hofmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Benno Zierer

Abg. Christian Klingen

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Margit Wild

Abg. Martin Hagen

Abg. Markus Bayerbach

Staatsminister Thorsten Glauber

Abg. Christian Zwanziger

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den nächsten Dringlichkeitsantrag auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fridays for Future: Klimapolitische Forderungen von der Straße in den Landtag tragen (Drs. 18/532)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Perth in Australien, Trelew in Argentinien, Hangzhou in China, Bamako in Mali oder Hikkaduwa in Sri Lanka genauso wie in Deutschland München, Bad Tölz, Weiden, Ansbach, Regensburg, Bamberg, Donauwörth, Haßfurt, Würzburg: In all diesen Städten, in 1.200 Städten, werden diesen Freitag Demonstrationen von jungen Menschen unter dem Motto "Fridays for Future" stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird diesen Freitag wohl die größte Demonstration weltweit. Die jungen Menschen haben die dramatische Situation erkannt. Sie sehen aber, dass sich kein einziges Land weltweit dieser Dramatik wirklich stellt und mit dem Klimaschutz ernst macht. Die jungen Leute haben für uns eine klare Botschaft: Jetzt umsteuern! Weg von der Maximierung der Gewinne, hin zu einer maximalen Rettung der Welt, Umstellung auf Nachhaltigkeit; das Ende der Ressourcenparty einläuten und unsere Umwelt wirklich schützen. Die Fridays-for-Future-Bewegung liegt damit richtig; die Problematik ist sehr wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Engagement gibt uns den Rückhalt, gesellschaftlich etwas zu ändern. Von hier aus deshalb noch einmal ein großes Dankeschön an all diese jungen Menschen und

stellvertretend hier im Hohen Hause den Mitgliedern des Organisationsteams von Fridays for Future München, die heute hier anwesend sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns bisher mit diesem Thema beschäftigt haben, haben sich CSU und FREIE WÄHLER nicht mit dem Anliegen der Jugendlichen beschäftigt, sondern sie pochten vor allem auf die Einhaltung der Schulpflicht.

Wir im Landtag sind allerdings gefordert, damit die Forderungen der Jugendlichen nicht auf der Straße und nicht auf der Strecke bleiben. Uns geht es in dem heutigen Antrag darum, die Anliegen zu hören und ernst zu nehmen und konkrete Maßnahmen daraus zu entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Berlin haben sich gestern mehr als 12.000 Wissenschaftler in einer gemeinsamen Erklärung zusammengefunden und haben die Proteste der jungen Menschen unterstützt. Sie sagen, diese jungen Menschen liegen genau richtig. Sie geben ihnen die besten Noten. Denn ihre Anliegen sind berechtigt und gut begründet. Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen bei Weitem nicht aus, so die Wissenschaftler.

Die Kluft zwischen der wissenschaftlichen Erkenntnis und dem politischen Handeln wird immer größer. Das sehen wir auch in Bayern ganz genau. Im Jahre 2015 haben wir den Klimareport vorgestellt bekommen, in dem klar gesagt wird, dass es zu einer Erwärmung um bis zu 4,5 Grad in Bayern kommen kann. Aber die CO₂-Emissionen steigen nach neuester Statistik immer weiter an. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die Bayerische Staatsregierung, nichts verstanden hat. Das muss sich schnellstens ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Dringlichkeitsantrag enthält deshalb drei Forderungen: die Forderungen und Proteste der Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen, konkrete und wirkungsvolle Maßnahmen abzuleiten und die "Jugend-Klimakonferenzen" aufzuarbeiten und hier im Parlament zur Diskussion zu stellen. Schließlich sollen die Maßnahmen in ein wirksames Klimaschutzgesetz aufgenommen und hier im Parlament entsprechend diskutiert werden. Die Erstellung eines Klimaschutzgesetzes muss oberste Priorität haben. Die bisher angekündigten Reduktionsziele sind viel zu niedrig.

Klar ist also: Zuhören reicht nicht. Ernst nehmen bedeutet nicht, dass von jeder Schule nur ein Vertreter zu einem Diskussionstag eingeladen wird, sondern es muss weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der gesellschaftliche Antrieb, der von den vielen, vielen Schülern, von den Studentinnen und Studenten, von den Eltern, von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ausgeht, ist für uns enorm wichtig; denn wir müssen, um die Klimaziele zu erreichen, tatsächlich einen tiefgreifenden Wandel einläuten. Dafür ist dieser gesellschaftliche Rückhalt enorm wichtig. Deshalb gilt es, diesen Rückenwind aufzunehmen, die Ideen und Anregungen aufzunehmen, das Anliegen innerhalb und außerhalb des Landtags zu diskutieren und schließlich Nägel mit Köpfen zu machen. Das Jahr 2019 muss im Kampf gegen die Klimakrise als Meilenstein in die Geschichte eingehen. Das Jahr 2019 muss in der Klimapolitik eine Trendwende sein. Wir können und müssen den jungen Menschen das Signal geben: Wir haben verstanden. Jetzt geht es ans Eingemachte. Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Die jungen Menschen tun genau das, was wir von ihnen einfordern; denn sie kümmern sich um ihre Zukunft. Lassen wir sie nicht im Stich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, bitte kommen Sie nochmals zurück ans Mikrofon. Herr Dr. Mehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Stümpfig, wie immer, wenn es um den Klimaschutz geht – das sind wir gewohnt –, erheben Sie jetzt in erwartbarer Weise ein Stück weit das Monopol bzw. die Meinungshoheit auf das Thema "Vergemeinschaftung mit „Fridays for Future“".

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir können es uns gerne teilen, wenn – –

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Darauf will ich hinaus; die "Fridays for Future"-Bewegung haben wir bereits. Nach meinem Kenntnisstand besteht eine der Zielsetzungen der "Fridays for Future"-Bewegung bzw. die Unterstützung dafür auch in der Aufnahme des Klimaschutzes mit Verfassungsrang in die Bayerische Verfassung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Herr Kollege Stümpfig, könnten Sie auch vor dem Hintergrund, dass heute die Spitze der Münchner "Fridays for Future"-Bewegung zugegen ist, diese Diskrepanz zwischen Ihrer Vergemeinschaftung mit dieser Bewegung und Ihrem Abstimmungsverhalten im Rahmen unserer letzten Sitzung auflösen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich bin sehr froh, wenn Sie mich heute bei den Forderungen unterstützen, indem wir sagen, wir müssen jetzt mit dem Klimaschutz tatsächlich ernst machen.

(Zurufe von der CSU)

Es kann nicht sein, dass wir Jahr für Jahr steigende CO₂-Emissionen haben. Ich würde es wirklich begrüßen, wenn sich dies im Haushalt niederschlagen würde. Das,

was wir heute vom Finanzminister zum Klimaschutz gehört haben, war sehr knapp und dann kam er auf den Automobilstandort zu sprechen.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben ganz klar kommuniziert, um auf Ihre Frage zurückzukommen: Wir sind kein grünes Feigenblatt dafür, dass Sie den Klimaschutz nach wie vor verschleppen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wenn wir ein Paket, ein Klimaschutzgesetz mit wirksamen Zielen verabschieden, das den Pariser Zielen tatsächlich gerecht wird, sind wir sofort dabei. Ich hoffe, dass wir heuer von Umweltminister Glauber ein Klimaschutzgesetz vorgelegt bekommen. Wenn ja, dann lassen Sie uns nochmals über die Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung sprechen. Wir haben immer gesagt: Wir sind dafür offen. Aber allein das Wort "Klimaschutz" in die Verfassung aufzunehmen, hilft niemand.

(Zurufe von der CSU)

Ich glaube, da kann ich jetzt auch für die Schülerinnen und Schüler sprechen: Worte allein – –

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist alles heiße Luft! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Lassen Sie mich ausreden. Ich glaube, die Intention der Schülerinnen und Schüler ist: Sie haben genug von Worten. Sie wollen nicht ständig immer nur ein Blabla hören von der Politik.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Sie wollen, dass tatsächlich Maßnahmen kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Maßnahmen müssen Sie jetzt endlich einmal vorlegen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie verhindern es doch!)

Da geht es um den Verkehrsbereich; da geht es um den Wärmebereich; da geht es um den Strombereich. Bisher werden alle unsere Entscheidungen und Anträge abgelehnt. Da müssen Sie sich endlich ändern.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie haben die von uns abgelehnt! – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stümpfig. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Stümpfig, bleiben Sie bitte noch da. – Bitte schön, Herr Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Stümpfig, ich möchte Ihnen jetzt die Gelegenheit geben, das zu überdenken, was Sie gerade gesagt haben. Ich weise entschieden zurück, dass unsere Verfassung ein Blabla sei.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Die Maßnahmen, die Sie machen.)

Wenn wir dieses Ziel in die Verfassung aufnehmen, dann ist das einer der ersten und wichtigsten Schritte, die wir ergreifen müssen. Dass Sie sich dem Ganzen verweigern, spricht Bände. Die Schülerinnen und Schüler haben die Diskussion der letzten Zeit nicht mitbekommen. Allein aus parteitaktischen Gründen haben Sie sich dem verwehrt, aus keinerlei anderen Gründen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Hofmann. – Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das Wort "Blabla" hat sich auf die Maßnahmen bezogen.

(Unruhe)

Wenn wir hier im Haus über den Klimaschutz diskutieren, heißt es immer: Wir haben dieses und jenes gemacht und soundso viel Geld ausgegeben. Was für den Klimaschutz zählt, sind allein Fakten. Die Fakten zeigen, dass die CO₂-Emissionen in Bayern steigen.

(Zurufe von der CSU)

Wir haben anhand der letzten Statistik gesehen, dass die Emissionen im Jahr 2016 wieder gestiegen sind.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, hören Sie mir zu. Ich habe Ihnen auch zugehört. – Wir haben in den Jahren 1990 bis 2015 gerade einmal 10 % CO₂-Reduktion verzeichnet. Wir müssen bis ins Jahr 2030 bei mindestens 60 % sein. Das heißt, Sie sind so weit weg davon. Die Maßnahmen, die Sie bisher vorgeschlagen haben, greifen nicht. Es ist nur heiße Luft, was bisher von Ihnen zum Klimaschutz kommt. Ich glaube, sagen zu können, dass all diejenigen, die heute auf die Straße gehen, das Gefühl haben: So kann es nicht weitergehen. Wir müssen endlich Nägel mit Köpfen machen. Wenn immer nur über Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft und Wachstum, Wachstum, Wachstum diskutiert wird, dann treten Sie die Zukunft der Schülerinnen und Schüler mit Füßen. So kann es einfach nicht weitergehen. Damit muss endlich Schluss sein.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Stümpfig. – Nächster Redner ist Herr Kollege Beißwenger von der CSU-Fraktion.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Herr Stümpfig, man könnte gerade meinen, man habe das Wort "Wirtschaft" und nicht das Wort "Klimaschutz" in die Verfassung aufnehmen wollen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie fordern, dass wir die Anliegen der Jugend ernst nehmen. Das tun wir sehr wohl. Ich zeige nur auf die Diskussion der letzten Woche.

Ein Anliegen von Ihnen ist, dass wir ein Klimaschutzgesetz erarbeiten. Ja, das passiert. Aber wir synchronisieren es natürlich mit dem, was im Bund passiert. Der Schutz des Klimas ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, eine weltweite Aufgabe, zu der jeder beitragen kann. Aber dafür brauchen wir Entscheidungen auf allen Ebenen: auf europäischer Ebene, auf Bundesebene und natürlich viele einzelne Entscheidungen auf Landesebene. Das Ausmaß, vor dem wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des Klimaschutzes klar zu benennen und diesen Schutz weiter zu stärken. Sie haben öfter gesagt: Es braucht nicht nur Worte, sondern man muss es wirklich benennen und den Klimaschutz stärken.

Wir wollten deshalb den Klimaschutz als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufnehmen und ihm damit Verfassungsrang geben. Damit wird der Klimaschutz ausdrücklich als vorrangige Ausgabe des Staates, der Gemeinden und der Körperschaften des öffentlichen Rechts benannt. Allerdings haben Sie erst Mitte Februar dieses Jahres hier im Plenum diese Verfassungsänderung zugunsten des Klimaschutzes abgelehnt. Bürgerinnen und Bürger sowie die regelmäßig protestierenden Schülerinnen und Schüler verstehen es zu Recht nicht, wenn durch diese Blockade der Klimaschutz auf die lange Bank geschoben wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das heißt, Sie allein haben das Anliegen der Jugend abgelehnt – niemand anders, Sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN)

Jetzt kommen wieder laute Worte – mehr nicht; denn um mit den Jugendlichen direkt ins Gespräch zu kommen, sind als erster Schritt zwei Jugend-Klimakonferenzen terminiert: die erste am 29. März in Erlangen, die zweite am 5. April in München für Südbayern.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Vielen Dank übrigens an die Veranstalter. Es geht nämlich erst nachmittags außerhalb der Schulzeit los. Herzlichen Dank. – Wir wollen über den Klimaschutz miteinander reden. Die Schüler werden in Workshops ihre Themen, Ideen und Anliegen rund um den Klimaschutz vorbereiten und dann diskutieren. Parallel zu den Konferenzen will das Umweltministerium in den kommenden Wochen eine neue Internetplattform zum Thema Klimaschutz freischalten. Vielen Dank dafür! Die Jugendlichen können so ihre Erfahrungen und Projekte teilen und ihr Wissen und ihre Vorstellungen weitergeben. Es gibt doch keinen einzigen Grund dafür, diesen Konferenzen vorzugreifen, es sei denn, man will die Jugendlichen bevormunden.

Wir nehmen den Klimaschutz sehr ernst und haben ein ambitioniertes Klimaziel. Die Treibhausmissionen sollen in Bayern bis 2050 auf unter 2 Tonnen je Einwohner und Jahr reduziert werden. Von grüner Seite heißt es immer wieder: Es wird nur darüber geredet, wie viel Geld ausgegeben wird. – Entschuldigung, das gehört auch dazu. Ich sage auch, dass es 42 Millionen Euro mehr als in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 und 59 Millionen Euro mehr als in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 sind. Die Haushaltsmittel für den Klimaschutz werden somit kräftig erhöht, und es sollen, natürlich vorbehaltlich der Zustimmung durch den Haushaltsgesetzgeber, rund 231 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Das ist mehr als nichts und mehr als die heißen Worte, die wir von Ihnen hören.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte hier noch einmal das Anliegen der Jugendlichen ausdrücklich loben. Politisches Engagement ist immer wichtig. Noch mehr wäre es allerdings zu loben, wenn es in der Freizeit und nicht in der Schulzeit geleistet würde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dennoch ist das Engagement begrüßenswert. Ich hoffe, dass sich die Demonstranten auch alle überlegen, was sie selbst tun können; denn Klimaschutz ist eine Aufgabe von uns allen. Man könnte zum Beispiel auf ein Handy verzichten oder die Eltern überzeugen, statt einer Fernreise einen Wanderurlaub zu machen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN schreien jetzt. Ich weiß, Sie sind relativ flugaffin und posten das auch gerne.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Wissen Sie, bei Fernreisen steht der Klimaschutz nicht unbedingt im Vordergrund. Ich sehe das Ganze als einen Versuch von Ihnen an, sich hier in Szene zu setzen. Deshalb muss ich Ihnen ganz klar sagen, dass wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Lettenbauer hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, eine Nachfrage an Sie: Sie haben sich nicht dazu positioniert, was nach den Jugendkonferenzen mit den dort erarbeiteten Ergebnissen genau geschehen soll. Ich bin mir sicher, dass dort sehr konkrete Forderungen gestellt werden. Die Jugendlichen sind hochpolitisch und haben sehr konkrete Ideen, wie sie ihre Zukunft sichern und den Klimaschutz hier in Bayern voranbringen wollen. Meine konkrete Frage: Warum stimmen Sie nicht dem Vorschlag zu, dass wir über die Ergebnisse der Konferenzen direkt hier im Landtag diskutieren?

– Es ist doch eine gute Sache, dass auf den Konferenzen Ideen von Jugendlichen gesammelt werden. Diese Ideen sollten auch hier zur Debatte gestellt werden. Es kann nicht sein, dass man nur zuhört. Man muss auch die Konsequenz ziehen. Sonst nimmt man diese jungen Menschen nicht ernst, hört ihnen zwar zu, ignoriert aber ihre Forderungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Eine Unterstellung!)

Wir müssen die Ergebnisse, die auf diesen Konferenzen erarbeitet werden, hier im Parlament diskutieren und die Sorgen ernst nehmen, die die jungen Menschen um ihre Zukunft haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Lettenbauer. – Herr Beißwenger, bitte.

Eric Beißwenger (CSU): Frau Lettenbauer, vielen Dank für die äußerst interessante Unterstellung; denn mehr ist es ja nicht. Sie sagen, man dürfe diesen jungen Menschen nicht nur zuhören. Ich sage Ihnen: Man darf auch nicht nur über die Ergebnisse reden. Ich glaube nicht, dass die Jugendlichen verstehen, warum der Klimaschutz nicht in den Verfassungsrang erhoben wurde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren kann ich Ihnen nur sagen: Sie greifen den Entwicklungen immer vor. Sie wollen die Jugendlichen bevormunden und jetzt schon festlegen, was diese wollen. Wir hören uns die Jugendlichen erst einmal an. Selbstverständlich werden wir mit ihnen reden. Wir müssen auch auf das reagieren, was vom Bund kommt. Noch einmal: Wir werden ein Klimaschutzgesetz erarbeiten. Deshalb würde ich an Ihrer Stelle diesem Gesetz nicht vorgreifen und uns unterstellen, dass wir es damit nicht ernst meinen würden. Hätten Sie es ernst gemeint, hätten Sie der Verfassungsänderung zugestimmt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Beißwenger. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN, ich bin in diesem Hause immer wieder erstaunt darüber, was Ihnen alles einfällt, um den Menschen weiszumachen, dass Sie die einzigen guten und wahren Kämpfer für den Klimaschutz seien. Sie haben es doch vor Kurzem verbockt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie unterstellen, dass die Staatsregierung die Anliegen der Jugendlichen, die zu Tausenden für den Klimaschutz demonstrieren, nicht ernst nehme. Sie unterstellen, dass die Jugendklimakonferenzen, bei denen der Umweltminister mit den Jugendlichen diskutiert wird, nur Showveranstaltungen seien. Auf dieses Niveau, das die GRÜNEN ständig zeigen, begeben wir uns nicht herunter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann Ihnen versichern, dass die Staatsregierung die Anliegen der jungen Menschen sehr ernst nimmt. Unsere Fraktion nimmt diese Anliegen auch sehr ernst; das haben wir bewiesen.

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Dann können Sie doch hier darüber diskutieren und abstimmen lassen!)

Das hat auch unser Umweltminister bereits bei der Diskussion erklärt, als es um die Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung gegangen ist. Ihr habt das verbockt, und darum ärgert ihr euch darüber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ludwig Hartmann (GRÜNE):
(Beitrag nicht autorisiert) Im Haushaltsentwurf haben Sie für den Klimaschutz angeblich kein Geld eingestellt!)

Wir wissen, dass es höchste Zeit zum Handeln ist. Mit der Verfassungsänderung wollten wir den Anfang machen. Die GRÜNEN waren dagegen. Peinlich! Die GRÜNEN haben sich verweigert. Noch peinlicher! Was wir nicht ernst nehmen können, sind die Spielchen, die von den GRÜNEN bei diesem Thema getrieben werden: Wir, wir, wir. Nein, auch uns liegt dieses Thema sehr am Herzen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Beweisen Sie das erst einmal!)

Erst torpedieren Sie die Verfassungsänderung, die dem Schutz des Klimas Verfassungsrang gegeben hätte. Oberpeinlich! Jetzt instrumentalisieren Sie das Engagement der Jugendlichen für einen solchen Dringlichkeitsantrag. Das ist nur Show! Es ist eine Unverfrorenheit, die Jugendlichen für diesen Antrag zu missbrauchen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es wird die Jugendklimakonferenzen geben. Sie werden nicht der einzige Ort des Dialogs mit den engagierten Jugendlichen sein. Wir werden einen ernst gemeinten Dialog führen, der auch zum Ziele führen wird. Wir werden genau hinhören, welche Vorschläge kommen werden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Und im Haushalt ist dann kein Geld da!)

Wir werden ein Klimaschutzgesetz schaffen, mit dem Bayern einen starken Beitrag leistet, damit wir die internationalen Klimaschutzziele erfüllen. Erkennen Sie das an! Arbeiten Sie konstruktiv daran mit!

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Dafür bauen Sie Gaskraftwerke!)

Sparen Sie sich Anträge, mit denen Sie nur zeigen wollen, dass Sie den Klimaschutz allein gepachtet haben! Den Klimaschutz hat die vernünftige Politik gepachtet. Eure Glaubwürdigkeit hat sehr gelitten. Ich wünsche mir, dass die Schüler bei den Diskussionen und bei den Demonstrationen, die sicherlich auch in Zukunft stattfinden werden, Glaubwürdigkeit beweisen, indem sie sagen: Nein, wir demonstrieren nicht mehr während der Schulzeit. Wir opfern auch unsere Freizeit dafür.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Opfern Sie ihre Arbeitszeit, um gute Politik zu machen!)

Erziehen Sie Ihre Eltern um! Erziehen Sie sich selbst dazu, damit das Klima besser wird! Stellen Sie nicht nur Forderungen an andere! Gehen Sie mit einem guten Beispiel voran! Opfern Sie auch Ihre Freizeit für solche Demos!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. Mir liegen keine Interventionen vor. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit 100 Jahren gibt es in Deutschland die Schulpflicht, ein Gesetz, das teilweise mit drastischen Polizeimaßnahmen durchgesetzt wurde, zu Recht, wie ich meine. Aber, seit die 16-jährige Greta zur neuen Heiligen einer wahrhaften Klimareligion erkoren wurde, scheint das Schuleschwänzen zum Kult avanciert zu sein,

(Beifall bei der AfD)

der mittlerweile sogar schon von unserer Kanzlerin abgesegnet wurde. Rechtsbruch als moralischer Imperativ – wann sind eigentlich die Grenzen der Dekadenz erreicht?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das fragen wir uns auch!)

Jetzt fordern die GRÜNEN, die klimapolitischen Ziele der Schulschwänzer von der Straße in den Landtag zu tragen und in entsprechende Gesetze einfließen zu lassen. Ich bin mir nicht sicher, ob die indoktrinierten, instrumentalisierten jungen Menschen wissen, was sie tun. Wenn doch, müssen sie sich eigentlich in Grund und Boden schämen.

Da verwöhnter Wohlstandsnachwuchs jedes Jahr auf dem neuesten Smartphone besteht, müssen unzählige Kinder in Afrika unter unmenschlichen Bedingungen in Minen Kobalt abbauen.

(Beifall bei der AfD)

Der Lithiumabbau ruiniert die Böden in Afrika und Südamerika, er stört den Verdunstungsprozess und beschert den dortigen Bewohnern Trockenheit und Wassermangel. Das alles für das gute Gewissen einer fanatischen Klimaschützer-Sekte und ihrer viel gepriesenen Elektroautos, die ach so umweltfreundlich sind; denn der Strom kommt ja aus der Steckdose. So viel zum Thema Humanität, das gerne bemüht wird, wenn es um die Rettung der Welt geht. Doch wenn es die eigene Bequemlichkeit betrifft, entlarvt sich der jugendliche Eifer schnell als Heuchelei, wie man an der bezopften Ikone Greta sieht.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Frechheit!)

Auf dem Weg zur Demo gegen den Klimawandel versorgt sie sich scheinbar bevorzugt mit Fertignahrung in Plastikverpackungen. Würden unsere jungen Klimaschutzhelden ihr Anliegen konsequent verfolgen, müssten sie auf Vieles verzichten: Handys, Flugreisen, mit Mamas Auto vor die Schule kutschiert werden, eingeschweißte Fertiggerichte, Duschgels in Plastikbehältern, Wasser in Plastikflaschen und Kleidung aus Kunststofffasern, die beim Waschen Mikroplastik absondert, das mittlerweile nahezu überall in Gewässern, Böden und der Nahrung auftaucht.

(Beifall bei der AfD)

Die Liste könnte endlos weitergehen. Kurz gesagt: Vom großen Friday-for-Future-Hype bleibt außer diffusen Schlagworten einfach nur ein Rechtsbruch übrig. Die AfD-Fraktion lehnt Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Frau Gabi Schmidt hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, das Thema Erwachsenenbildung hatten wir vorhin. Ob Sie den Klimawandel anerkennen oder nicht, ist Ihre Sache. Ich verbitte mir, dass ein erwachsener Mensch ein junges minderjähriges Mädchen beleidigt, weil sie politische Ziele verfolgt. Das hat das Mädchen nicht verdient. Es steht Ihnen nicht gut zu Gesicht, auf Minderjährige loszugehen. Schämen Sie sich einfach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

Christian Klingen (AfD): Es geht hier nur um das heuchlerische Verhalten.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Eltern können dem Mädchen dennoch beibringen, dass man kein Plastik und keine Fertigprodukte verwendet. Das Mädchen wird im Prinzip von den Eltern instrumentalisiert.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Klingen. – Die nächste Rednerin ist Frau Margit Wild von der SPD.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag meines Vorredners hat deutlich gemacht, wie nötig ein Erwachsenenbildungsgesetz ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist eine Schande, wie Sie hier über junge Menschen sprechen. Der Kollege Stümpfig hat von vielen Städten gesprochen, in denen die jungen Menschen auf die Straße gehen. In über 50 Ländern gehen die jungen Menschen auf die Straße, um zu demonstrieren und um zu zeigen, wie wichtig ihnen der Klimaschutz ist. Es ist nur legitim, dass die Forderungen der jungen Menschen in konkrete Politik umgesetzt werden. Das ist nicht nur legitim, sondern zwingend geboten. Seit beinahe elf Jahren bin ich nun im Bayerischen Landtag. Die SPD-Fraktion hat schon zahlreiche Initiativen eingebracht, ebenso wie die GRÜNEN. Vielleicht haben auch die FREIEN WÄHLER viele Initiativen eingebracht. Aber das vergessen Sie jetzt alles. Das kann ich durchaus verstehen.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist jetzt einfach so. Immer wieder geben Sie, vor allem die verantwortliche Staatsregierung, dieselbe Erklärung: Machen wir doch schon! Wir sind auf einem guten Weg! – "Auf einem guten Weg" war immer die Standardformulierung, wenn von unserer Seite innovative Ideen wie eine stärkere Lebensmittelüberwachung oder ein besserer ÖPNV gekommen sind. Immer hieß es: Wir sind schon auf einem guten Weg.

Deshalb ist es nur konsequent, wenn wir die Forderungen der jungen Menschen wie nach einem besseren Klimaschutz ernst nehmen und in der Politik umsetzen. Wir sind gefordert. Wir sind verantwortlich. Wir sind auch Gesetzgeber. In den vergangenen Wochen habe ich mit über 330 Schülerinnen und Schülern diskutiert. Es nötigt mich wirklich Respekt ab, wie ernsthaft die jungen Menschen die Thematik verfolgen. Die jungen Menschen bleiben nicht einfach mal so tralala von der Schule fern. Wir würden uns wundern, wenn die jungen Menschen unsere Debatte hier verfolgen würden. Diese sind in manchen Punkten ein ganz schönes Stück weiter als wir.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich nehme diese Forderungen ernst. Es sind junge Bürgerinnen und Bürger, die auf die Straße gehen. Sie sind in der Regel noch nicht volljährig. Sie dürfen sich noch nicht an den Wahlen beteiligen. Aber sie setzen sich intensiv mit den Veränderungen in der Gesellschaft auseinander. Sie haben aber kapiert – das sieht man an den Plakaten und merkt man an den Diskussionen – und sind nicht damit einverstanden, was die Politik auf den Weg bringt. Wir sind gefordert. Die SPD-Landtagsfraktion hat ein soziales Klimaschutzgesetz eingebracht. Wir nehmen die Forderungen ernst. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER und der CSU, ich bin gespannt, wie sie reagieren werden. Alleine die Aufnahme in die Verfassung, die Sie wie eine Monstranz vor sich hertragen, ist es doch wirklich nicht. Das wissen Sie ganz genau. Dieses grüne Mäntelchen wollen Sie sich nun umhängen, aber da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Wild. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Wild, im Sinne der Wahrheit und Klarheit komme ich nun nicht umhin, auch bei Ihnen nachzufragen. Sie haben ausgeführt, dass die FREIEN WÄHLER ein getrübtetes Erinnerungsvermögen in Hinblick auf die früheren Forderungen aus der gemeinsamen Zeit in der Opposition hätten. Ist es nicht korrekt, dass wir in der Opposition eine gemeinsame Position hatten, Stichwort Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung? Wir haben diese Position nun in die Regierung eingebracht. Sie haben aber Ihre Meinung zwischenzeitlich geändert, sodass es nicht zur Umsetzung unserer damals gemeinsamen Forderung kam.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Margit Wild (SPD): Es ist richtig, dass wir damals diese gemeinsame Forderung hatten. Lieber Herr Kollege, seit Sie in der Regierungsverantwortung sind, drehen Sie

sich husch, husch um und sind mit Wischiwaschi und einer oberflächlichen Deckmäntelchenpolitik einverstanden.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Es steht genau dasselbe drin wie letztes Jahr!)

Das machen wir nicht mit. Ich erinnere Sie an die 10-H-Regelung. Ich erinnere Sie an viele Punkte, wo Sie umgefallen sind, weil Sie bequem mit in der Regierung sitzen wollen. Hier ziehen Sie so einige Male eine Kappe über die Augen und wissen nicht mehr genau, was Sie damals gesagt haben.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie vergessen das. Ich hätte mir gewünscht, Sie wären mitgegangen, als wir unsere Forderungen für einen verbesserten ÖPNV vorgetragen haben. Drehen Sie jetzt das Ganze nicht einfach um. Zeigen Sie nicht mit dem Finger auf uns. Wir sind in der Opposition, und wir zeigen auf Sie und auf Ihre Verantwortung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir haben kein Wort geändert! Wir haben nur geliefert!)

Glaubwürdigkeit sieht anders aus. Das merken auch die jungen Leute draußen. Nein, Sie bringen mich jetzt nicht durcheinander. Ich weiß, ich rege Sie damit auf, weil ich Sie getroffen habe.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich habe eher das Gefühl, ich rege Sie auf!)

Sie wissen ganz genau, wie oft Sie Ihre Meinung ändern. Das wissen Sie ganz genau. Es fällt Ihnen schwer, das zu akzeptieren.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir haben uns nicht gedreht! Sie haben sich gedreht!)

Stehen Sie wenigstens dazu, dass Sie bestimmte Sachen mitmachen, so wie es auch der Wirtschaftsminister macht.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Fakt ist, Sie haben sich gedreht!)

Wegen der Macht macht man vieles mit. So ist das auch bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Wild. – Für die FDP-Fraktion hat sich der Fraktionsvorsitzende Herr Martin Hagen zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde politisches Engagement von Schülerinnen und Schülern toll. Sie brauchen nun nicht so erwartungsvoll schauen. Da kommt kein Aber. Ich finde es toll.

(Beifall bei der FDP)

Viel zu häufig hören wir, die Jugend von heute sei unpolitisch und gleichgültig. Das stimmt nicht. Die jungen Leute haben eine Meinung zur Politik, und sie haben es verdient, dass man ihnen auch zuhört. Der vorliegende Antrag fordert die Staatsregierung auf, die Schülerdemos für den Klimaschutz ernst zu nehmen und die Anliegen der jungen Generation zu berücksichtigen. Wie könnte man dieser Forderung nicht zustimmen?

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Natürlich werden wir uns auch in diesem Haus über den richtigen Weg zu einem wirkungsvollen Klimaschutz kontrovers streiten. Wir haben sicherlich andere Vorstellungen als beispielsweise die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Aber in der Zielsetzung sind wir uns doch einig. Deswegen unterstützt die FDP-Fraktion diesen Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Ich würde mir generell eine stärkere Lobby für die Interessen künftiger Generationen wünschen – beim Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ganz klar, aber auch bei vielen anderen Themen. Ein Beispiel ist der Haushalt: Wir sollten unseren Kindern Chancen und keine Schuldenberge vererben. Meine Damen und Herren, bei Rekordsteuereinnahmen in die Rücklagen zu greifen und den Anteil konsumtiver Ausgaben ständig zu erhöhen, ist unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP)

Oder das Stichwort Rente: Anstatt das System demografiefest zu machen, schnürt die Bundesregierung ein milliardenschweres Rentenpaket nach dem anderen – teure Wahlgeschenke auf Kosten und zulasten der jungen Generation.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich auch das Thema Bildung: Bildung befähigt junge Menschen zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe. Sie sichert den Wohlstand von morgen. Eigentlich müsste unser Anspruch sein, hier Weltspitze zu sein.

Meine Damen und Herren, all das und vieles mehr betrifft die Zukunft der jungen Menschen. Deshalb sollten sie auch angehört werden. Um eine echte politische Teilhabe für Jugendliche zu ermöglichen, fordert die bayerische FDP ein Wahlrecht ab 16 Jahren. So ist das in vielen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der AfD)

– Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, ich weiß, davor haben Sie Angst, denn bei der Jugend schneiden Sie zu Recht miserabel ab.

(Beifall bei der FDP)

Um eine echte politische Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir ein Wahlrecht ab 16 Jahren. Das gibt es in vielen Bundesländern bei Landtags- und Kommunalwahlen bereits, und das hat sich dort bewährt. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist es wichtig, dass auch die jungen Menschen mit ihren Interessen in der Politik repräsentiert sind.

Diejenigen, die jetzt befürchten, dass junge Menschen unvernünftige politische Entscheidungen treffen könnten, erinnere ich daran: Es waren nicht die jungen Wähler, sondern es waren die älteren Wähler, die in den USA Donald Trump zum mächtigsten Mann der Welt gemacht haben. Es waren nicht die jungen, sondern die älteren Wähler, die Großbritannien ins Brexit-Chaos gestürzt haben; die britischen Jungwähler haben nämlich mit deutlicher Mehrheit für Europa gestimmt. Wenn ich die momentanen Schülerdemonstrationen zum Beispiel mit den montäglichen Demos vergleiche, die in Dresden stattfinden, muss ich sagen: Die Jugend bereitet mir keine Sorgen.

Nehmen wir die jungen Menschen und ihre Anliegen also ernst, meine Damen und Herren. Ermutigen wir junge Menschen zu politischem Engagement. Das geht übrigens auch außerhalb der Unterrichtszeit auf Demos, aber auch in Bürgerinitiativen, in NGOs, in politischen Jugendorganisationen oder in Parteien.

Liebe Jugendliche, es ist eure Zukunft. Nehmt sie in die Hand. Engagiert euch!

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Hagen. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenintervention von Herrn Abgeordneten Bayerbach von der AfD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bayerbach.

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrter Herr Hagen, ich stimme Ihnen zu. Ich bin auch der Meinung, dass unsere junge Generation politisch sein sollte und auch demonstrieren darf. Habe ich das jetzt aber richtig verstanden: Sie finden es gut, wenn sie während der Schulzeit demonstrieren?

Wenn das so ist, würde mich interessieren, wer entscheidet, was gut und was nicht gut ist. Wenn sie dann also am Montag für Pegida, am Dienstag für den Brexit und am Donnerstag für die Schulpflicht im Kongo demonstrieren, ist das auch in Ordnung, oder habe ich das jetzt falsch verstanden?

Martin Hagen (FDP): Sie haben mich offenkundig falsch verstanden, Herr Kollege. Ich habe gesagt, ich begrüße das Engagement von Jugendlichen in der Politik. Das kann man auch sehr gut außerhalb der Unterrichtszeit machen. Wenn das in Ausnahmefällen während der Schulzeit stattfindet, ist es Sache der Schule, damit umzugehen.

Es ist klar, dass man nicht von Montag bis Freitag demonstriert. Wir haben einen Bildungsauftrag, den die Schulen auch zu erfüllen haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Hagen. – Für die Staatsregierung spricht Herr Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich schon fragen, Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN-Fraktion und Frau Kollegin Lettenbauer: Warum nehmen Sie eigentlich schon vor der Veranstaltung vorweg, dass ich als zuständiger Minister dem Bayerischen Landtag nicht berichten und das Bayerische Kabinett die Ergebnisse der Jugendklimakonferenzen nicht aufnehmen würde?

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Sie sind scheinbar hellsehend und wissen schon, was passieren wird.

Ich finde es eigentlich sehr traurig, dass Sie diese Bühne hier benutzen. Ich bin Gott dankbar, dass die Jugendlichen heute unserer Debatte – –

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Ich bin Gott dankbar, dass die Jugendlichen unserer Debatte heute folgen können; denn sie werden stirnrunzelnd zusehen müssen, wie Sie versuchen, das Thema Fridays for Future und ihr völlig berechtigtes Anliegen für politische – ich sage jetzt mal – Parteispielchen zu nutzen. So geht das nicht! Die Jugendlichen sind aus ganz anderen Gründen auf die Straße gegangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zeigen Sie mir doch einen Ihrer Minister, der sich für das Thema Jugendklimakonferenzen stark gemacht hat. Die Bayerische Staatsregierung tut das. Die Bayerische Staatsregierung setzt sich mit den Jugendlichen an den Tisch, und es geht eben nicht darum, was wir ihnen zu sagen haben.

Ich bin "jugendlich" sozialisiert worden, ich habe zehn Jahre Jugendarbeit gemacht, und Sie brauchen mir bestimmt nicht zu sagen, wie eine gute Jugendarbeit funktioniert und wie man Jugendliche ernst nimmt. Ich war hier fünf Jahre jugendpolitischer Sprecher, und eines werde ich hier nicht tun, nämlich den Jugendlichen vorab zu sagen, was in der Debatte zu tun und zu lassen ist. Es ist doch genau der Sinn und Zweck einer Jugendklimakonferenz, dass wir uns dort die Ideen der Jugendlichen anhören, sie ernst nehmen und sie mitnehmen. Sie werden von mir nie hören, dass ich hier sage, das sei jugendliches Blabla; das sollten Profis tun, die sich damit auskennen.

Es ist ein völlig berechtigtes Interesse der Jugendlichen. Aber was werfen wir unserer Jugend vor? – Wir werfen ihr vor, nicht politisch zu sein. Jetzt haben wir eine Jugend, die politisch ist. Gott sei Dank ist sie politisch, weil es nämlich um ihre eigene Zukunft geht. Sie hält uns den Spiegel vor, aber Sie versuchen, das hier politisch zu missbrauchen. Das geht so nicht, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe: Bravo! – Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Die Bayerische Staatsregierung wird am 29. März und am 5. April zuhören. Wir werden die Themen aufnehmen, und wir werden diese Themen natürlich in diesen Bayerischen Landtag bringen, wo sie auch hingehören, und hier wird dann auch die Debatte stattfinden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dazu brauchen wir Sie und Ihre Aufforderungen nicht. Das können wir selber!

Sie wollen nur eines: Sie glauben, Sie können da mitsegeln, aber das wird nicht funktionieren, weil das die Staatsregierung aufgenommen hat, die Ihnen hier einen Tick voraus ist. Sie können da jetzt hinterherlaufen und Anträge stellen. – Wir werden uns das in diesem Haus nicht nehmen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der CSU: Sehr gut!)

Wie gesagt, ich bin froh, dass wir am 29. März und am 5. April miteinander sprechen. Die Beteiligung und die Wünsche waren so groß, dass wir erst einmal auf eine Schülerin und auf einen Schüler pro Schule zurückgreifen bzw. um eine Beschränkung gebeten haben. Wenn das Format dann so ist, dass eine größere Plattform gewünscht wird, werden wir uns natürlich öffnen. Wir werden eine größere Plattform schaffen. Wir werden diese Bewegung zumindest nicht zurückdrängen, und wir werden weiter zuhören. Danach werden wir im Parlament auch in der Gesetzgebung aktiv werden.

Ich freue mich auf diese Debatten, und ich sage Ihnen noch eines – das sollte das Haus hier auch hören –: Es war einer Ihrer Sprecher von der Grünen Jugend, der mir zugerufen hat: Zu Showveranstaltungen gehe ich nicht! – Das ist scheinbar die Meinung Ihrer Grünen Jugend: Showveranstaltung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte eine ernsthafte Debatte führen. Wenn Sie diese aber nicht möchten, dann gerne. Ich freue mich auf diese Debatte, die produktiv sein wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, für eine Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Christian Zwanziger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Gerne!

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Glauber, Sie haben jetzt ausgeführt, dass es Ihnen um die Beteiligung geht. Sie haben auch gesagt, Sie hätten eine Schülerin und einen Schüler pro Schule eingeladen. – Wie passt dieser Anspruch, den Sie formulieren, dass Sie alle beteiligen, mitnehmen, ihnen zuhören und sie ernst nehmen wollen, dazu, dass mir Leute von Fridays for Future zum Beispiel in Erlangen sagen, im gesamten nordbayerischen Raum seien die Fridays-for-Future-Leute gar nicht angeschrieben worden?

Sie haben den Weg über die Schulen gewählt. Diejenigen, die auf die Straße gegangen sind, haben Sie gar nicht abgeholt, sondern sie mussten sich dann beschweren. Jetzt sind Sie erst bei einem Vertreter gewesen, mittlerweile sind Sie bei zwei Vertretern. Es funktioniert also; das ist schon einmal gut.

Wie passt das aber zusammen? Sie sagen, Sie würden das ernst nehmen, laden sie jedoch gar nicht erst ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sie kritisieren einen Sachverhalt, bevor er überhaupt begonnen hat. Wir haben genau damit angefangen zu sagen, niemanden ausgrenzen zu wollen. Wir wollten ein offenes Podium. Wir wollten jeden zulassen. Weil der Zulauf und der Zuspruch aber so groß sind,

mussten wir ein Format finden, bei dem wir nicht nur Einzelne auswählen und beteiligen, weil wir eben alle beteiligen wollten. Damit haben wir uns für ein Format entschieden.

Nachdem der Zuspruch jetzt so groß ist, werden wir das Format erweitern müssen; das ist aber doch wunderbar. Man muss erst einmal mit irgendeinem Format starten, und wir wollten eben explizit niemanden ausschließen. Wir wollten alle Schulen in Bayern und alle, die sich organisieren, mitnehmen. Das war der Start. Wir werden uns dem dann auch öffnen und weitere Formate aufsetzen. Jetzt aber schon wieder zu kritisieren, dass das Format zu klein sei, finde ich schade. Lassen Sie uns die Veranstaltungen doch erst einmal durchführen und sehen, wie erfolgreich sie sind; dann können Sie wieder kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/532 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD sowie der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von FREIEN WÄHLERN, CSU und AfD. Enthaltungen? – Bei keinen Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.